



# Protokoll

---

Datum: 11. Februar 2020 (Protokoll vom 6. März 2020)  
Ort: Bundesamt für Justiz, Bern  
Zeit: 09.30 bis 12.30 Uhr

---

Aktenzeichen: 924-3718/5/2

## Protokoll der 17. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 11. Februar 2020

<b>Vorsitz:</b>	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
<b>Mitglieder:</b>	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Lisa Yolanda Hilafu	Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Christian Raetz	Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
<b>Entschuldigt:</b>	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
<b>Ex officio:</b>	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
<b>Protokoll:</b>	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM



## **1. Begrüssung und Mitteilungen**

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Guido Fluri hat sich entschuldigt. Er hat jedoch vorgängig schriftlich zu den Fällen Stellung genommen, welche der beratenden Kommission heute zur Diskussion unterbreitet werden (vgl. Ziff. 2); der Präsident verdankt diese wertvolle Arbeit. Der Präsident kündigt zudem an, dass er die Sitzung um 11.45 Uhr verlassen müsse. Deshalb würde die Behandlung der Traktanden 2 und 3 vorgezogen, Reto Brand werde bei Bedarf anschliessend die Leitung zu den Traktanden 1 (betr. Mitteilungen) sowie 4 und 5 übernehmen.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 18. Dezember 2019 liegt seit heute Morgen in der Rohfassung vor. Der Fachbereich wird den Kommissionsmitgliedern den Entwurf umgehend zustellen, so dass die Genehmigung in den nächsten Tagen auf dem Zirkularweg erfolgen kann. Das Protokoll wird anschliessend auf der Homepage des BJ aufgeschaltet.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Der Präsident informiert über einen Hinweis in den Medien, wonach Ende Januar 2020 im Haus der Religionen ein Anlass mit dem Präsidenten der UEK, Markus Notter, stattgefunden habe und dieser im Rahmen eines „Sofagesprächs“ über das Thema Zwangsversorgungen in der Schweiz informiert habe.

## **2. Diskussion von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung oder ein Nichteintreten vorsieht bzw. von Grenzfällen**

Aus den letzten Kommissionssitzungen gibt es noch mehrere Gesuche, die nicht abschliessend behandelt werden konnten, weil noch Informationen beschafft bzw. Abklärungen getätigt werden mussten. In 3 Fällen konnten noch nicht alle Zusatzabklärungen vorgenommen werden. Betreffend 8 Gesuche informiert der Fachbereich über das Ergebnis der Zusatzabklärungen. Nach deren nochmaliger Diskussion werden schliesslich 3 Fälle zur Gutheissung und 3 Fälle zur Abweisung empfohlen. In 2 Fällen (zwei Geschwister) bleibt die Diskussion kontrovers, so dass schlussendlich auf die Abgabe einer Empfehlung verzichtet und der definitive Entscheid dem Fachbereich überlassen wird.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 14 weitere Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (13 Fälle) bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (1 Fall) vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- 1 Gesuch gutzuheissen;
- 11 Gesuche abzuweisen;
- die Behandlung von 2 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

Der Präsident hält in Bezug auf die seit der letzten Sitzung versandten Monatslisten mit vorgesehenen Gutheissungen und klaren Nichteintretensfällen (d.h. offensichtlich unzulässigen Gesuchen) fest, dass in Bezug auf die Dezember-Listen 2019 keine Einwände seitens der Kommissionsmitglieder eingetroffen seien. Auch die Januar-Liste 2020 wird genehmigt.

Reto Brand orientiert im Übrigen über drei neue Urteile des Bundesverwaltungsgerichts, welche Ende Januar 2020 ergangen seien. Allen drei Fällen seien Sachverhalte zugrunde gelegen, welche sich nach 1981 ereignet hatten. Nach dem Bundesgesetz über die Aufarbeitung von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (AFZFG) würden jedoch

nur Ereignisse unter dieses Gesetz fallen, welche sich vor 1981 (d.h. bis zum 31. Dezember 1980) ereignet haben. Diese zeitliche Begrenzung sei vom Gesetzgeber gewollt. Das Bundesamt für Justiz und die Gerichte hätten hier weder die Kompetenz noch einen Ermessensspielraum, um den zeitlichen Geltungsbereich auszudehnen; im Gegenteil, sie seien gehalten, diese zeitliche Begrenzung einzuhalten. Entsprechend seien vom Bundesverwaltungsgericht alle drei Beschwerden abgewiesen worden.

### 3. Stand der behandelten Gesuche

Um die statistischen Angaben etwas einfacher zu gestalten, wird auf das bisherige Abstellen auf unterschiedliche Stichdaten künftig verzichtet (diese waren für BJ-interne Zwecke verschieden von denjenigen für die beratende Kommission). Der Präsident orientiert, dass bezüglich der bisher vom BJ behandelten Gesuche (d.h. rechtzeitig eingereichte Gesuche<sup>1</sup> zuzüglich verspätete Gesuche, bei denen die Frist ausnahmsweise aus wichtigen Gründen wiederhergestellt werden konnte<sup>2</sup>) folgende Zahlen bekannt gegeben werden können (Stand Ende Januar 2020):

	<b>Anzahl Gesuche</b>
Gutheissungen insgesamt	8628
Abweisungen, weil die Voraussetzungen für die Annahme der Opfereigenschaft nicht erfüllt sind <sup>3</sup>	149
Negative Entscheide, weil die Gesuche offensichtlich unzulässig waren <sup>4</sup>	88
<b>Total</b>	<b>8865<sup>5</sup></b>

Überdies seien beim Fachbereich FSZM bisher 308 Gesuche nach Ablauf der Einreichungsfrist eingetroffen. In 21 Fällen konnte die Frist ausnahmsweise wiederhergestellt werden, weil die Frist aus wichtigen, zureichenden Gründen verpasst wurde. In 23 Fällen konnte die Frist jedoch nicht wiederhergestellt werden. Die übrigen Fälle sind noch offen, wobei für deren weitere Bearbeitung in vielen Fällen auch der Entscheid des Parlaments betreffend Aufhebung der Einreichungsfrist eine Rolle spielen wird (vgl. Ziff. 4).

### 4. Rückkommen auf Traktandum 1

Nachdem sich der Präsident verabschiedet hatte, informiert Reto Brand, dass die Behandlung der parlamentarischen Initiative 19.471 von Ständerat Raphael Comte<sup>6</sup> bereits weit fortgeschritten sei: Die Rechtskommission des Ständerates (RK-S) habe sich zwischenzeitlich dafür ausgesprochen, dass die Frist zur Einreichung von Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag nicht nur verlängert, sondern ganz aufgehoben werden soll. Am 12. Februar 2020 nehme der Bundesrat zum Bericht und zum Gesetzesentwurf (Änderung) der RK-S Stellung, dann werde das Geschäft noch von der Rechtskommission des Nationalrates (RK-N) behandelt.

<sup>1</sup> Bezüglich Einreichungsfrist für Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag vgl. Art. 5 Abs. 1 AFZFG und Art. 2 Abs. 1 AFZFG.

<sup>2</sup> Vgl. Art 24 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren (VwVG)

<sup>3</sup> Art. 4 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 AFZFG.

<sup>4</sup> Z.B. Sachverhalt klar ausserhalb des zeitlichen oder sachlichen Geltungsbereich des AFZFG oder keinerlei Angaben aufgrund derer die Opfereigenschaft beurteilt werden könnte.

<sup>5</sup> Darin enthalten sind auch 21 Fälle, bei denen das Gesuch zwar erst nach dem 31. März 2018, d.h. nach Ablauf der Einreichungsfrist eingereicht wurde, die Frist aber aus wichtigen Gründen ausnahmsweise wiederhergestellt und das Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag gutgeheissen werden konnte.

<sup>6</sup> Weitere Informationen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20190471>

Anschliessend sei die Beratung in beiden Kammern des Parlaments in der Frühlingssession vorgesehen (Dringlichkeitsverfahren). Werde die Gesetzesrevision noch in der Session verabschiedet, so könne diese voraussichtlich – sofern dagegen nicht das Referendum ergriffen werde – frühestens auf Juli oder August 2020 in Kraft treten. Bis zu diesem Zeitpunkt müsse dann auch noch die Verordnung zum Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen angepasst werden und verschiedene weitere praktische Umsetzungsfragen geklärt werden.

In Bezug auf die Umsetzung der Empfehlungen der UEK weist Reto Brand darauf hin, dass diese an alle möglichen (politischen) Akteure gerichtet seien und nicht nur an den Bundesrat alleine. Bundesrat und Parlament hätten bereits schon einzelne Empfehlungen aufgenommen. So habe das Parlament bereits die Aufhebung der Einreichungsfrist für Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag auf den Weg gebracht, was einer Empfehlung der UEK entspreche. Auch die Nicht-Anrechnung des Solidaritätsbeitrages bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen sei bereits realisiert worden (Inkraftsetzung dieser Vorlage ist per 1. Mai vorgesehen, sofern kein Referendum ergriffen wird). Auch andere Themen seien bereits aufgegriffen worden, etwa die Sonderrente oder ein Steuererlass für Opfer. Das Gleiche gelte für die Empfehlung zugunsten eines „Hauses der anderen Schweiz“; dieses sei bereits mittels eines Vorstosses auf die politische Ebene gebracht worden. Der Bundesrat selbst lege den Fokus vor allem auf die Selbsthilfeprojekte und die Verbreitung und Nutzbarmachung der wissenschaftlichen Ergebnisse, wie er in einer Medienmitteilung vom 27. November 2019 bereits bekanntgegeben hatte. Schliesslich sei nicht zu vergessen, dass in wenigen Jahren auch noch Ergebnisse des Nationalfondsprogramms 76 erwartet werden (vgl. schon Protokoll zur Sitzung der beratenden Kommission vom 18. Dezember 2019).

Die Mitglieder der beratenden Kommission sind sich in diesem Zusammenhang aber auch einig, dass bei den Betroffenen keine falschen Hoffnungen und Erwartungen geschürt werden dürfen. Bei gewissen Empfehlungen der UEK müsse einfach auch die Frage erlaubt sein, ob diese jemals mehrheitsfähig sein werden (z.B. Generalabonnement und Sonderrente für Opfer).

## **5. Selbsthilfe-Projekte**

Das Parlament hat bekanntlich im Rahmen der Budgetdebatte in der vergangenen Dezember-Session den Kredit für Selbsthilfeprojekte substantiell auf 2 Mio. Franken pro Jahr erhöht (vgl. Protokoll der Sitzung vom 18. Dezember 2019). Demnächst wird das BJ eine Auslegung zum weiteren Vorgehen machen. Bereits hängige Anfragen für Projektfinanzierungen oder -ergänzungen wurden mittlerweile jedoch bereits bearbeitet: z.B. diejenige des Theaters «Ver-Ding» der Theatercompany «Texte und Töne». Hier sind für das Jahr 2020 weiteren Aufführungen vorgesehen. Zudem konnte eine Projekterweiterung zugunsten von ATD Quart Monde «S'entraider pour devenir acteur de sa vie» genehmigt werden. Auch ein weiteres Erzählbistro in Treyvaux (Westschweiz), welches ATD Quart monde zusammen mit der Projektträgerschaft des Erzählbistros demnächst durchführen möchte, wurde gutgeheissen. Weitere Projekte werden folgen.

## **6. Verschiedenes**

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am Dienstag, 28. April 2020, ab 9.30 Uhr, im BJ statt.

Ein Dank geht an alle Mitglieder für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Die Sitzung wird um 12.30 Uhr geschlossen.



# Procès-verbal

---

Date : 11 février 2020 (procès-verbal du 6 mars 2020)  
Lieu : Office fédéral de la justice, Berne  
Heure : 09 h 30 à 12 h 30

---

Numéro de dossier : 924-3718/5/2

## Procès-verbal de la 17<sup>e</sup> séance de la commission consultative (Cocosol) du 11 février 2020

<b>Présidence :</b>	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
<b>Membres:</b>	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Lisa Yolanda Hilafu	Présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Christian Raetz	Chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Maria Luisa Zürcher	Ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
<b>Excusé :</b>	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
<b>Ex officio:</b>	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
<b>Procès-verbal :</b>	Simone Anrig	OFJ / unité MCFA



## **1. Accueil et informations générales**

Le président ouvre la séance à 9 h 30 et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Guido Fluri est excusé. Il a remis une prise de position écrite au sujet des cas mis à l'ordre du jour (voir point 2) ; le président le remercie pour son précieux travail. Le président annonce en outre qu'il devra quitter la séance à 11 h 45. De ce fait, les points 2 et 3 à l'ordre du jour seront traités en premier et Reto Brand prendra au besoin le relais pour le traitement des points 1 (informations générales), 4 et 5.

La première version du procès-verbal de la dernière séance de la commission du 18 décembre 2019 est disponible depuis ce matin. L'unité MCFA mettra rapidement le texte à disposition pour qu'il puisse être approuvé par voie de circulaire au cours des prochains jours. Il sera ensuite publié sur le site de l'OFJ.

Les documents de la séance ont été envoyés aux membres environ deux semaines plus tôt. Tous semblent les avoir reçus en temps voulu.

Le président mentionne une parution dans les médias au sujet d'une manifestation en présence du président de la CIE, Markus Notter, qui a eu lieu fin janvier 2020 à la maison des religions. Il y a abordé la thématique des placements forcés en Suisse dans le cadre d'une discussion informelle.

## **2. Discussion de dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière et de cas limites**

Plusieurs demandes abordées lors de la dernière séance de la commission n'ont pas encore pu être traitées définitivement faute d'informations suffisantes. Dans 3 cas, les vérifications sont encore en cours. L'unité MCFA communique les résultats des vérifications effectuées pour 8 demandes. Après avoir discuté une nouvelle fois de ces cas, la commission recommande d'en approuver 3 et d'en rejeter 3 autres. La discussion reste ouverte quant à 2 cas (des sœurs) : la commission renonce à faire une recommandation. La décision définitive reviendra à l'unité MCFA.

14 nouvelles demandes ont été soumises à la commission aujourd'hui. L'unité MCFA propose de rejeter 13 demandes et soumet à la discussion un cas limite. Après une discussion minutieuse de chacun des dossiers, la commission émet la recommandation suivante :

- approbation d'une demande ;
- rejet de 11 demandes ;
- renvoi de 2 demandes en attendant d'éclaircissements.

Le président relève qu'aucun membre de la commission n'a opposé d'objection s'agissant de la liste de décembre, envoyée après la dernière séance, qui comporte les demandes à approuver et celles sur lesquelles il ne faut pas entrer en matière (c'est-à-dire, les demandes manifestement irrecevables). La liste de janvier 2020 a aussi été approuvée.

Reto Brand fait mention de trois nouveaux arrêts rendus par le Tribunal administratif fédéral fin janvier 2020. Dans les trois cas, les faits s'étaient produits après 1981. Seul les faits qui se sont produits avant 1981 (jusqu'au 31 décembre 1980) tombent sous le coup de la loi sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA). Cette limite dans le temps était voulue par le législateur. L'OFJ et les tribunaux n'ont ni la compétence ni la latitude pour tenir compte des faits survenus après ce délai. Au contraire, ils sont tenus de respecter cette limite. C'est pourquoi le Tribunal administratif fédéral a rejeté les trois recours.

### 3. État des demandes traitées

Pour simplifier quelque peu les statistiques, nous renonçons désormais à enregistrer les différentes données clé tel que nous le faisons jusqu'à présent (les données pour les objectifs internes de l'OFJ étaient différentes de celles de la commission consultative). En ce qui concerne le nombre de demandes traitées par l'OFJ à ce jour (c'est-à-dire les demandes déposées à temps<sup>1</sup> et celles déposées hors délai et pour lesquelles le délai a exceptionnellement pu être restitué<sup>2</sup>), le président annonce les chiffres suivants (état fin janvier 2020) :

	<b>Nombre de demandes</b>
Approbations (total)	8628
Rejets parce que les personnes ne remplissaient pas les conditions nécessaires pour que leur qualité de victime soit reconnue <sup>3</sup>	149
Rejets parce que les demandes étaient manifestement irrecevables <sup>4</sup>	88
<b>Total</b>	<b>8865<sup>5</sup></b>

En outre, l'unité MCFA a jusqu'à présent reçu 308 demandes déposées après expiration du délai. Dans 21 cas, le délai a exceptionnellement pu être restitué, les personnes concernées n'ayant pas pu le respecter en raison de motifs importants et suffisants. Dans 23 cas, le délai n'a pas pu être restitué. Les autres cas sont encore en suspens. La décision du Parlement quant à la suppression du délai de dépôt jouera un rôle important pour la suite du traitement d'une grande partie de ces cas (voir point 4).

### 4. Retour au point 1 de l'ordre du jour

Après le départ du président, Reto Brand fait savoir que le traitement de l'initiative parlementaire 19.471 du Conseiller aux États Raphael Comte<sup>6</sup> a bien avancé : la Commission des affaires juridiques du Conseil des États (CAJ-E) tient à ce que le délai de dépôt des demandes de contribution de solidarité ne soit pas seulement prolongé, mais qu'il soit purement et simplement supprimé. Le 12 février 2020, le Conseil fédéral prendra position au sujet du rapport et du projet législatif (modification) de la CAJ-E, puis l'affaire devra encore être traitée par la Commission des affaires juridiques du Conseil national (CAJ-N). Enfin, il est prévu que les deux chambres du Parlement examinent le projet lors de la session de printemps (procédure d'urgence). Si cette révision est adoptée avant la fin de cette session, elle devrait pouvoir entrer en vigueur au plus tôt au mois de juillet ou août 2020 (si aucun référendum n'est demandé). Il faudra encore adapter l'OMCFA avant cette date et résoudre différentes questions pratiques.

<sup>1</sup> En ce qui concerne le délai de dépôt des demandes de contribution de solidarité, voir art. 5, al. 1, LMCFA et art. 2, al. 1, OMCFA.

<sup>2</sup> Voir art. 24 de la loi sur la procédure administrative

<sup>3</sup> Art. 4, al. 1 en rel. avec l'art. 2, LMCFA

<sup>4</sup> P. ex. faits clairement en dehors du champ d'application temporel ou matériel de la LMCFA ou absence d'informations permettant de conclure à la qualité de victime de la personne.

<sup>5</sup> Ce chiffre comprend aussi les 21 demandes déposées après le 31 mars 2018, soit après l'expiration du délai, mais pour lesquels le délai a été restitué exceptionnellement pour des motifs importants et qui ont pu être approuvées.

<sup>6</sup> Informations supplémentaires : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20190471>

Reto Brand explique que les recommandations de la CIE s'adressent à tous les acteurs (politiques) et pas uniquement au Conseil fédéral. Le Conseil fédéral et le Parlement ont d'ailleurs déjà repris certaines de ces recommandations. Le Parlement a fait avancer le projet de suppression du délai de dépôt des demandes, mettant de ce fait en œuvre l'une des recommandations de la CIE. La contribution de solidarité ne devrait pas être prise en compte dans le calcul des prestations complémentaires (l'entrée en vigueur du projet en ce sens est prévue au 1<sup>er</sup> mai si aucun référendum n'est demandé). D'autres thèmes ont en outre été traités, par exemple celui d'une rente spéciale ou d'une remise d'impôts pour les victimes. La recommandation visant à la création d'une « Maison de l'autre Suisse » a elle aussi été portée au niveau politique par le biais d'une intervention. Le Conseil fédéral se concentre quant à lui avant tout sur les projets d'entraide et la diffusion et l'utilisation des résultats des recherches scientifiques, comme il l'a mentionné dans son communiqué de presse du 27 novembre 2019. Enfin, il ne faut pas oublier que les résultats de l'étude réalisée dans le cadre du programme national de recherche PNR 76 devraient paraître dans quelques années (voir à ce sujet le procès-verbal du 18 décembre 2019).

Les membres de la commission consultative sont unanimes : il ne faut pas susciter de faux espoirs et créer trop d'attentes pour les personnes concernées. Il devrait être permis de se demander si certaines des recommandations de la CIE seront jamais susceptibles de rassembler une majorité (p. ex. abonnement général ou rente spéciale pour les victimes).

## **5. Projets d'entraide**

Dans le cadre des délibérations sur le budget qui ont eu lieu pendant la session de décembre dernier, le Parlement a augmenté substantiellement le crédit pour les projets d'entraide à 2 millions de francs par an (voir procès-verbal de la séance du 18 décembre 2019). L'OFJ dressera prochainement un état des lieux quant à la suite des opérations. Les demandes de financement de projets ou de compléments de projets en suspens ont été traitées : p. ex. la compagnie de théâtre « Texte und Töne » donnera des représentations supplémentaires de sa pièce « Ver-Ding » en 2020. En outre, le projet « S'entraider pour devenir acteur de sa vie » d'ATD Quart Monde sera prolongé. Un nouveau « Bistrot d'échange » organisé par ATD Quart Monde en collaboration avec les responsables du projet du Bistrot d'échange, pourra avoir lieu à Treyvaux. D'autres projets viendront s'ajouter à la liste.

## **6. Divers**

La prochaine séance de la commission consultative aura lieu le mardi 28 avril 2020, à partir de 9 h 30, à l'OFJ.

Les membres de la commission sont remerciés pour leur participation active et leur collaboration constructive. La séance se termine à 12 h 30.